

# UNION IN EUROPA

**CDU/CSU-Gruppe** in der  
EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament

Nummer 19 · 19. Dezember 2005 · [www.cdu-csu-ep.de](http://www.cdu-csu-ep.de)



Frohe  
**Weihnachten 2006**  
& Gesundes neues Jahr



*Die CDU/CSU-Gruppe  
in der EVP-ED-Fraktion im  
Europäischen Parlament  
wünscht allen Leserinnen  
und Lesern ein frohes und  
gesegnetes Weihnachtsfest  
und ein erfolgreiches  
Jahr 2006.*

## Inhalt

Herbert Reul:  
Vorratsdatenspeicherung  
Seite 2

Markus Ferber:  
EU-Finanzen  
Seite 3

Christoph Konrad:  
Steuerpolitik  
Seite 5

Hartmut Nassauer:  
REACH  
Seite 6

HERBERT REUL:

## Vorratsdatenspeicherung: Europa beweist Handlungsfähigkeit

EUROPAPARLAMENT VERABSCHIEDET RICHTLINIE

Im Kampf gegen den Terrorismus bekommen die Ermittlungsbehörden in Europa ein wirksames Mittel zur Hand. Das Europäische Parlament verabschiedete in Straßburg die Richtlinie zur Speicherung von Telefon- und Kommunikationsdaten. Vorausgegangen war eine Einigung mit dem Rat. „Das ist ein Erfolg für Eu-

ropa. Wir beweisen Handlungsfähigkeit und bekommen erstmal strenge EU-weite Datenschutzstandards in diesem Bereich“, sagte der Europaabgeordnete Herbert Reul (CDU), der für die EVP-ED-Fraktion das Dossier betreut.

Der Bedrohung durch Terrorismus müsse man schnell und entschlossen begegnen. „Das erwarten die Menschen von Europa. Wir im Europäischen Parlament haben die Chance ergriffen und den Zeitdruck für die Durchsetzung wichtiger Punkte genutzt. Wir haben strenge und EU-weit verbindliche Datenschutzstandards eingebaut. Das ist ein großer Fortschritt im Vergleich zur sehr unterschiedlichen Ist-Situation“, so Reul.

Die EVP-ED-Fraktion hatte zusammen mit der SPE-Fraktion dem Rat



Herbert Reul MdEP

wichtige Zugeständnisse abgetrotzt. So wird die Speicherfrist für Kommunikationsdaten 6 bis 24 Monate betragen. „In Deutschland wird das auf eine maximale Speicherfrist von 6 Monaten hinauslaufen“, sagte der CDU-Europaabgeordnete. Gespeichert werden lediglich die Verbindungsdaten von Telefonaten,

SMS-Botschaften, nicht jedoch die Inhalte. Erfolgreiche Anrufversuche sollen nicht gespeichert werden. Vollständige Bewegungsprofile bei Mobilfunkgesprächen soll es ebensowenig geben. „Nur der Ort bei Beginn des Gesprächs kann aufgezeichnet werden.“

Die gespeicherten Daten dürfen nur bei schweren Straftaten angezapft werden. „Die Strafverfolgungsbehörden müssen sich an der Liste des Europäischen Haftbefehls orientieren.“ Der Rat muss noch formal zustimmen. Die Richtlinie kann dann zum Jahresbeginn in Kraft treten. Sie soll nach drei Jahren von Parlament und Rat überprüft werden. „Im Lichte der Praxiserfahrungen werden wir dann sehen, ob Anpassungen notwendig sind“, so Reul.



MARKUS FERBER:

## Besserer Rechtsrahmen für die Prüfung der EU-Finanzen!

EUROPÄISCHER RECHNUNGSHOF VERWEIGERT ENTLASTUNG FÜR EU-HAUSHALT

„The same procedure as last year?“  
 „Die gleiche Prozedur wie im Vorjahr“ - Die Vorstellung des Jahresberichts des Europäischen Rechnungshofes zum Haushaltsjahr 2004 erinnerte an die berühmte Frage aus der beliebten Fernsehserie für den Sylvesterabend.

Bereits zum 11. Mal in Folge weigerte sich der Rechnungshof, den EU-Haushalt komplett zu entlasten. Wird also gar nicht überprüft, wohin die Finanzen der Europäischen Union fließen? Das nicht. Aber die Prüfverfahren müssen entscheidend verbessert werden. Knackpunkt ist die Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden.

Die Weigerung des Europäischen Rechnungshofes, dem EU-Haushalt 2004 eine Unbedenklichkeitserklärung auszustellen, hängt damit zusammen, dass rund 80 Prozent der Gelder von den Mitgliedstaaten verwaltet werden, hauptsächlich in den Bereichen Landwirtschaft und Strukturförderung. Während die EU viele Zahlungen tätigt, kann sie aber nur in sehr engen Grenzen und mit beschränkten Mitteln kontrollieren, ob



Markus Ferber MdEP

die Gelder auch ordnungsgemäß verwendet wurden.

So weist die EU-Kommission auch in Richtung Mitgliedstaaten, denn sie sind es, die kontrollieren können, ob ein Antrag auf Fördermittel korrekt ist oder nicht. Auf europäischer Ebene ist das Problem damit aber nicht erledigt. Schließlich handelt es sich hier um einen Haushalt, der

im nächsten Jahr knapp 112 Milliarden Euro betragen soll. Klar ist nur eines: Betrug und Unregelmäßigkeiten müssen rigoros bekämpft werden.

### Nationale Rechnungshöfe einbinden

Eine mögliche Lösung des Widerspruchs zwischen europäischer Haushaltsordnung und Ausführung auf nationaler Ebene kann in einem besseren Rechtsrahmen liegen. Vor allem die Rechnungshöfe der Mitgliedstaaten müssen besser in das Prüfverfahren eingebunden werden.

Beispiel Landwirtschaft: wenn die Gemeinsame Agrarpolitik kofinanziert

würde, also die Zahlungen an die europäischen Bauern nicht mehr alleine von Brüssel aus getätigt werden, wären die nationalen Rechnungshöfe automatisch in das Prüfverfahren einbezogen. Da die Agrarpolitik aber alleinige Zuständigkeit der EU ist, wird das Geld aus Brüssel nur mit ungenügenden Kontrollmöglichkeiten verteilt. Ein zweites Beispiel bietet die Strukturpolitik. Wenn Zahlungen mit Darlehen erfolgen würden, könnten die eingebundenen Banken die Prüfung übernehmen.

Das sind zwei Beispiele, die vor allem eines vor Augen führen: wir dürfen uns in der Frage der EU-Finzen nicht

zurücklehnen. Es geht um viel Geld der europäischen Steuerzahler. Leider hat die zu Ende gehende britische Ratspräsidentschaft der EU sich in dieser Frage nicht sonderlich engagiert. „The same procedure as every year“, schimpft man in London bei der Prüfung des EU-Haushalts. Getan wurde dagegen nicht viel. Solide Haushaltspolitik aber sieht anders aus. Es wird Zeit, dass wir auch bei den Prüfverfahren für die EU-Finzen neue Wege beschreiten.

*Markus Ferber (CSU) ist Vorsitzender der CSU-Europagruppe und Co-Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament.*

CHRISTOPH KONRAD:

## Steuerhoheit der Nationalstaaten darf nicht ausgehöhlt werden

DIREKTE STEUERN NICHT IM ZUSTÄNDIGKEITSBEREICH DER EU

**V**or dem Hintergrund des Grundsatzurteils des Europäischen Gerichtshofes vom 13. 12. 2005 in der Rechtssache Marks & Spencer hat der Europaabgeordnete Christoph Konrad (CDU) vor einer schleichenden Aushöhlung der Steuerhoheit der Nationalstaaten gewarnt. Der EuGH hatte die britische Regierung zur Rückzahlung von 44 Mil-



*Christoph Konrad MdEP*

lionen Euro Steuerzahlungen an Marks & Spencer verurteilt, weil das Unternehmen Verluste von Tochtergesellschaften im Ausland nicht in Großbritannien hatte steuerlich verrechnen können. Der EuGH entschied damit gegen die in den meisten EU-Staaten geltenden Steuergesetze, die die grenzüberschreitende Verlustverrechnung nicht zulassen.



„Diese Entscheidung ist für die gesamte EU und auch für Deutschland von grundsätzlicher Bedeutung“ erklärte Konrad. „Die Gesetzgebung der direkten Steuern liegt ausdrücklich nicht im Zuständigkeitsbereich der EU. Doch durch die trickreiche Bezugnahme auf die europäische Niederlassungsfreiheit greift der EuGH nun massiv in die nationale Steuerpolitik ein. Und die Richter tun dies natürlich an den nationalen Regierungen, an den nationalen Parlamenten und am EU-Parlament vorbei. Das ist völlig inakzeptabel.“

Konrad sieht in dem Urteil ein eklatantes Beispiel dafür, wie die Rechtsgemeinschaft der EU zunehmend durch die Diktate des EuGH in eine Richtergemeinschaft verwandelt wird, die keinerlei demokratischer Kontrolle mehr unterliegt. „Die Tendenz dieser durch Richterrecht geschaffenen Tatsachen besteht schon lange“ so Konrad weiter. „Aber mit dem heutigen Urteil wird die Gestaltungsmöglichkeit der Politik in einem Schlüsselbereich nationaler Kompetenzen unzulässig eingeschränkt.“

### **Vorbehalte gegen EU-Steuerpolitik**

Konrad kritisiert die Luxemburger Entscheidung umso mehr, als das EU-Parlament am selben Tag ausdrücklich größte Vorbehalte zu einer Steuerpolitik durch die EU zum Ausdruck gebracht hat. Der Bersani-Bericht über die Einführung einer

gemeinsamen europäischen Steuerbemessungsgrundlage wurde nur in abgeschwächter Form verabschiedet, weil viele EU-Abgeordnete keine Zuständigkeit der EU in der Steuerpolitik wünschen. „Die gemeinsame Bemessungsgrundlage beseitigt zwar Hindernisse im grenzüberschreitenden Wettbewerb und vereinfacht Verfahren für Unternehmen mit Niederlassungen in verschiedenen EU-Staaten – sie kann somit sinnvoll sein“ erörtert Konrad. „Ich wehre mich aber dagegen, dass diese praktisch-technische Initiative als Einstieg in eine Harmonisierung der Steuersätze in Europa missbraucht wird.“

### **Subsidiaritätsprinzip darf nicht missachtet werden**

Weder das Besteuerungsniveau als solches sollte herabgesetzt, noch ein Mindest- oder Einheitssatz eingeführt werden. Der Steuerwettbewerb innerhalb der EU ist ein hohes Gut und muss unbedingt erhalten bleiben.“ Konrad sieht eine wichtige Aufgabe des EU-Parlamentes darin, darauf zu achten, dass die nationale Steuerpolitik weder durch Missachtung des Subsidiaritätsprinzips noch durch Urteilssprüche des EuGH unterlaufen wird.

*Dr. Christoph Konrad (CDU Nordrhein-Westfalen) ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments.*

## Rat Lichtjahre hinter Parlament zurück

NASSAUER UND RAPKAY FORDERN VERBESSERUNG DES RATSKOMPROMISSES

**H**inter die Entscheidung des Europäischen Parlaments zurückgefallen ist nach Ansicht der Vorsitzenden von CDU/CSU und SPD im Europäischen Parlament Hartmut Nassauer und Bernhard Rapkay der Wettbewerbsrat mit seiner Einigung zur neuen europäischen Stoffpolitik REACH.



Hartmut Nassauer MdEP

Die beiden Abgeordneten erklärten in Straßburg, es müsse anerkannt werden, dass der Rat den ursprünglichen Kommissionsentwurf bei Aufrechterhaltung der gesundheits- und umweltpolitischen Ziele für die Wirtschaft deutlich praktikabler gestaltet habe. Bei der Registrierung von Stoffen jedoch, dem für die Wirtschaft bedeutsamsten Bereich, habe der Rat die Testanforderungen im Gegensatz zum Parlamentskompromiss spürbar erhöht, ohne damit irgendeinen zusätzlichen Gewinn für Umwelt und Gesundheit zu erzielen. Das gelte besonders für den Bereich der Jahresproduktion von 10 – 100 t und damit vor allem für kleinere und mittlere Unternehmen, die nun stärker zur Kasse gebeten würden als bei der Parlamentsentscheidung. Damit würden mehr Stoffe lediglich aus Kostengründen vom Markt verschwinden und nicht weil sie besonders gefährlich seien. Dieser vom Rat zu ver-

antwortende Effekt gefährde Arbeitsplätze in Europa. Er laufe der erklärten Zielsetzung der neuen Stoffpolitik eklatant zuwider, neben dem Schutz von Umwelt und Gesundheit die Wettbewerbsfähigkeit nicht zu beeinträchtigen.

Kritisch bewerteten Nassauer und Rapkay auch die Regelungen zur Veröffentlichung von Informationen über Stoffe. Der

Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen werde damit nicht ausreichend gewährleistet. Die weitreichenden Offenlegungspflichten begünstigen vor allem außereuropäische Wettbewerber ohne erkennbaren Vorteil für den Verbraucherschutz in Europa.

Grundsätzlich positiv betrachten die Abgeordneten die Ratsentscheidung zur Zulassung. Deren zeitliche Befristung sei gestrichen worden und laufe daher nicht mehr automatisch aus; die Agentur müsse vielmehr von Fall zu Fall periodische Überprüfungen vornehmen. Bedenklich sei dagegen, dass die Zulassung eines gefährlichen Stoffes auch dann verweigert werden könne, obwohl die sichere Handhabung gewährleistet sei.

Insgesamt sei der Ratskompromiss zu REACH verbesserungsbedürftig, weil Umweltschutz und Wettbewerbsfähigkeit noch nicht hinreichend ausbalanciert seien.



## kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

### ■ Hans-Gert Pöttering trifft rumänischen Premierminister Popescu-Tariceanu

Der Fraktionsvorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, **Hans-Gert Pöttering** (CDU), ist Anfang Dezember in Brüssel mit dem rumänischen Premierminister Calin Popescu-Tariceanu zusammengetroffen. Das Thema der Gespräche war vor allem der Beitritt Rumäniens zur Europäischen Union. Pöttering sagte, der Bericht der EU-Kommission über den Fortschritt Rumäniens auf dem Weg zum Beitritt, der im Frühjahr 2006 erwartet wird, müsse akkurat und objektiv sein. Premierminister Tariceanu lud eine Delegation der EVP-ED-Fraktion ein, Rumänien zu besuchen und sich vor Ort ein Bild des Landes zu machen.

### ■ Schuman-Medaille für Vytautas Landsbergis und Michel Barnier

Die EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament hat dem ehemaligen litauischen Präsidenten und EVP-ED-Mitglied Vytautas Landsbergis die Schuman-Medaille für seinen Einsatz um die Unabhängigkeit Litauens und Integration der osteuropäischen Staaten in die EU verliehen. Auch der ehemalige französische Außenminister und EU-Kommissar Michel Barnier erhielt die Auszeichnung vom Vorsitzenden der EVP-ED-Fraktion, **Hans-Gert Pöttering** (CDU), für seinen Einsatz für die europäische Einigung. Die nach ei-

nem der europäischen Gründerväter, dem ehemaligen französischen Außenminister Robert Schuman, benannte Medaille wird seit 1986 verliehen. Zu den Trägern gehören unter anderem der ehemalige französische Staatspräsident und Vorsitzende des Verfassungskonvents Valéry Giscard d'Estaing, und der luxemburgische Premierminister Jean Claude Juncker.

### ■ Arbeitsprogramm der Kommission für 2006

Das Europäische Parlament hat zum Arbeitsprogramm 2006 der EU-Kommission einen Entschließungsantrag der EVP-ED-Fraktion angenommen. Bei der Debatte im Plenum sprach die stellvertretende Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, **Françoise Grossetête** (Frankreich) von der Notwendigkeit Europas, die Fragen und Zweifel der Menschen Ernst zu nehmen. Grossetête sagte, Europa müsse sich vor allem den Herausforderungen der Globalisierung, des Klimawandels, der Energie und des demografischen Wandels stellen. „Die EVP-ED-Fraktion schlägt konkrete Maßnahmen für das Jahr 2006 vor. Wir wollen die Lissabon-Strategie der EU verwirklichen und umsetzen“, so Grossetête. Dazu müsse der gemeinsame Binnenmarkt vollendet werden. Zu den wichtigen Maßnahmen, die die Europäische Union treffen müsse, zähle auch der Bürokratieabbau.



### ■ Sacharow-Preisträger an Ausreise gehindert

Das Europäische Parlament hat auf seiner Dezember-Plenarsitzung in Straßburg den Sacharow-Preis an die Journalistenvereinigung „Reporter ohne Grenzen“ und die nigerianische Anwältin Hauwa Ibrahim verliehen. Die ebenfalls ausgezeichneten kubanischen Bürgerrechtlerinnen „Damen in Weiß“ konnten den Preis nicht entgegennehmen, da sie von den kubanischen Behörden an der Ausreise gehindert wurden. Der spanische EVP-ED-Abgeordnete **Gerardo Galeote** verurteilte diese Entscheidung der kubanischen Behörden als „Beleidigung der Menschenrechte“. Den „Damen in Weiß“ die Teilnahme an der Preisverleihung nicht zu gestatten, zeige, dass das Europäische Parlament bei der Nominierung der Preisträger richtig gehandelt habe. Die Frauen in Weiß („Damas de Blanco“) protestieren seit 2004 jeden Sonntag friedlich gegen die Inhaftierung ihrer Männer, Brüder und Söhne, die als Regimekritiker in Kuba festgenommen wurden.

### ■ Seminar zur Ukraine

Unter der Leitung von **Jacek Saryusz-Wolski** (Polen), fand Mitte Dezember ein Seminar der EVP-ED-Fraktion zu der Situation in der Ukraine statt. Der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, **Hans-Gert Pöttering** (CDU) würdigte die Errungenschaften der Revolution in der Ukraine.

„Vor einem Jahr gab es trotz der Kälte überall die Farbe Orange“, sagte Pöttering in Anspielung auf die Farbe der Revolutionsbewegung. „Orange wurde zur Farbe der Veränderung, ein Symbol für die Region, eine Blaupause für den demokratischen Wechsel“. Der ukrainische Außenminister Borys Tarasiuk sprach über die aktuelle Situation innerhalb der Revolutionsbewegung. Differenzen seien Ausdruck von Demokratie, sagte Tarasiuk in seiner Rede.

### ■ Illegale Einwanderung: Delegationsreise nach Libyen

Eine Delegation des Europäischen Parlaments unter Leitung von EVP-ED-Mitglied **Simon Busuttil** (Malta) ist von einer Informationsreise nach Libyen zurückgekehrt. Die Abgeordneten informierten sich dort über Maßnahmen gegen illegale Einwanderer, die versuchen, über das nordafrikanische Land nach Europa zu kommen. Um sich ein Bild über die Lage in Libyen zu machen, besuchte die Delegation unter anderem ein Flüchtlingszentrum in Tripolis, wo sie verschiedene Flüchtlinge zu ihrer persönlichen Situation befragten. Busuttil betonte, die illegale Einwanderung sei auch ein Problem für Libyen. Circa 20 Prozent der libyschen Bevölkerung seien Immigranten.

*Lasse Böhm, EVP-ED-Pressestelle  
lboehm@europarl.eu.int*

## Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments. Für den Inhalt verantwortlich: Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-75775, e-mail: stephan.mock@cducsu.de. Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Herstellung: VVA – Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.